

Gegen jeden Extremismusbegriff

Linke, antifaschistische Politik und Kultur sind nicht »extremistisch«, sondern extrem wichtig!

Seit Anfang des Jahres 2008 sind die außerparlamentarische Linke sowie links-alternative Kulturprojekte in Sachsen wieder einmal Ziel einer Diffamierungskampagne, die durch das Innenministerium Sachsen, angeführt von Albrecht Buttolo, ins Rollen gebracht wurde. Unterstützt wird der sächsische Innenminister dabei von VertreterInnen aus Wissenschaft und Medien. Ziel ist es Repressionen gegenüber AntifaschistInnen und Linksalternativen zu rechtfertigen und gegebenenfalls politisch unliebsamen Projekten die Existenzgrundlage zu entziehen.

Als Argument für solche Maßnahmen wird immer wieder das Modell des politischen Extremismus angeführt. Dieses besagt, dass es eine demokratische Mitte der Gesellschaft gäbe, die durch extremistische Ränder bedroht sei. Diese klare Aufteilung verharmlost Rassismus, Antisemitismus und andere Ungleichwertigkeitsideologien, die sich durch *alle* gesellschaftlichen Bereiche ziehen, oder blendet sie gänzlich aus. Zudem werden linke Gesellschaftskritik und antifaschistischer Widerstand mit dem Denken und Handeln von Nazis gleichgesetzt. Verkannt wird dabei unter anderem, dass die Gefahr, Opfer eines Naziübergriffs zu werden, dort wesentlich geringer ist, wo sich links-alternative Kulturprojekte, antifaschistische und andere Gruppen gegen Nazis, rassistische Gewalt und Diskriminierung einsetzen.

Die Gleichsetzung von Links und Rechts durch Politik und Medien wollen wir nicht länger hinnehmen. Statt Diffamierung und Repression braucht es mehr Freiräume für antifaschistische und linksalternative Kultur und Politik!

SIND DIE LINKEN DAS PROBLEM? DER EXTREMISMUSBEGRIFF IN DER PRAXIS

Am 12. März diesen Jahres veröffentlichte die *Leipziger Volkszeitung* einen offenen Brief von Innenminister Albrecht Buttolo an den Leipziger Oberbürgermeister Burkhard Jung. In diesem Schreiben stellt Buttolo Leipzigs »Diskokrieg« und die Ausschreitungen um diverse Fußballspiele mit Aktivitäten gegen Naziaufmärsche und dem Betreiben linker Kulturprojekte in engen Zusammenhang. Buttolo beklagt neben mangelndem »bürgerlichen Engagement in der Stadt Leipzig« auch die »Untätigkeit der Stadtverwaltung hinsichtlich der Stützpunkte linksextremistischer Gewalttäter in Connewitz« und der damit

zusammenhängenden »Gewaltexzesse anlässlich rechts-extremer Demonstrationen«. Das Schreiben Buttolos ist in sofern ein Skandal, als dass es die gewalttätigen Auseinandersetzungen in der Leipziger Innenstadt dazu instrumentalisiert, eine öffentliche Stimmungsmache gegen die linke Szene voranzutreiben.

Als grundlegendes Argument dient Buttolo dabei immer der Verweis auf den Extremismusbegriff, der besagt, dass »Linksextreme« genauso gefährlich seien wie »Rechtsextreme«. Wie sich dieses Denken in Sachsen schon länger in die Praxis umsetzt, zeigen einige Beispiele aus dem Jahr 2007.

Zum Beispiel Mügeln: Dort kam es im Sommer letzten Jahres bei einem Volksfest zu einer Hetzjagd auf

MigrantInnen. Trotz empörter öffentlicher Reaktionen, in deren Folge sich die Stadt teils als Opfer, teils reumütig präsentierte, reagierte die Verwaltung abstruserweise mit der Schließung des einzigen alternativen Jugendclubs »Free Time In«.

Zum Beispiel Mittweida, wo die Staatsanwaltschaft im vergangenen Jahr gegen die Nazi-gruppierung »Sturm 34« ermittelte: Hier verbot der Oberbürgermeister eine antifaschistische Veranstaltung, den »Antifaschistischen Ratschlag«, um deutlich zu machen, dass Widerstand unerwünscht ist.

Zum Beispiel Colditz: Nachdem Nazis mehrmals eine Turnhalle angegriffen hatten, in der alternative Konzerte stattfanden, reagierte die Stadt Colditz, in dem sie die Konzerte einfach absagte.

Doch nicht nur im ländlichen Raum Sachsens kommt es zu solchen Vorgehensweisen. Als Anfang diesen Jahres ca. 300 Nazis im Leipziger Stadtteil Reudnitz demonstrierten, durfte die Demonstration trotz zahlreicher warnender Hinweise vor einem Haus eine Zwischenkundgebung abhalten, in dem vorwiegend Studierende, junge Familien, linke oder alternative Menschen wohnen. Die BewohnerInnen versuchten dieser Situation zivilen Widerstand entgegenzusetzen, indem sie die Straße mit Musik beschallten und ein Transparent ausrollten. Daraufhin stürmte die Polizei das Haus, ging mit massiver Brutalität gegen die BewohnerInnen vor und zerstörte sämtliche Sicherungen, so dass das Haus ohne Stromversorgung war. Antifaschistisches Engagement wurde an diesem Tag somit stärker als das Treiben der Nazis durch die Polizei behindert.

Dass sich die linke Szene, AntifaschistInnen und Kulturlinke Repressionen ausgesetzt sehen, ist nichts Neues. Schon im Jahr 2000 ermittelte die Staatsanwaltschaft eifrig gegen »Linksextremisten«. Damals versuchte man politische Aktivitäten über §129 StGB, der die Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung unter Strafe stellt, zu unterbinden. Nachdem wahllos Wohnungen durchsucht, Telefone abgehört und Menschen schikaniert und kriminalisiert wurden, kam es schließlich zur vollständigen Einstellung aller Ermittlungsverfahren.

Auch der Kampf des Soziokulturellen Zentrums Conne Island mit dem Finanzamt Leipzig vor vier Jahren zeigt, auf welchen Wegen versucht wird, linke Politik zu vereiteln. Damals sollte dem Conne Island die Gemeinnützigkeit entzogen werden, weil es auf jede Eintrittskarte eine Mark extra nahm, um damit antifaschistisches Engagement zu unterstützen.

In all diesen Fällen wird deutlich, was Buttolo in seinem offenen Brief schon angedeutet hat. »Besonders der Linksextremismus ist in der Vergangenheit unterschätzt worden«, ist sich der sächsische Innenminister dort sicher. Für ihn sind nicht die Nazis das Problem, sondern der Extremismus im allgemeinen. Und zum Extremisten wird man schneller als gedacht, das zeigen die Beispiele von Mügeln, Colditz, Mittweida oder Leipzig.

Mit dieser Meinung steht Buttolo keineswegs alleine da. Als es in der Silvesternacht 2007/2008 zu Auseinandersetzungen zwischen PartybesucherInnen und Polizei kam, wobei die Polizei wahl- und hemmungslos Feiernde oder PassantInnen verprügelte, machte die *Leipziger Volkszeitung* die »Ausschreitungen« zum politischen Wochenthema. Sie interviewte dazu den Extremismusforscher Eckhard Jesse, der jede Gelegenheit nutzt, um vor den Gefahren des »Linksextremismus« zu warnen. Zwar verfügt Jesse in Sachsen über die Deutungshoheit, wenn es um »Extremismus« geht, sein aus der Totalitarismustheorie hervorgegangener Extremismusansatz wird aber in akademischen Kreisen, insbesondere von renommierten SozialwissenschaftlerInnen und »RechtsextremismusforscherInnen« wie z.B. Richard Stöss, Christoph Butterwegge oder Oliver Decker und Elmar Brähler abgelehnt. Jesse und seine MitstreiterInnen wie Uwe Backes werden einerseits von Institutionen wie dem Verfassungsschutz, der Bundeszentrale für politische Bildung, der CDU in Bund und Land oder der CSU-nahen Hanns-Seidel-Stiftung hofiert und finanziert. Andererseits ist es kein Geheimnis, dass Jesse auch Kontakte zu ProtagonistInnen der Neuen Rechten und bekennenden Nazis pflegt. Durch die gemeinsame Buchveröffentlichung mit Rainer Zitelmann zum Thema »Historisierung des Nationalsozialismus«, die enge Zusammenarbeit mit Joseph Kneifel, aktives Mitglied der Naziorganisation »Hilfsgemeinschaft für Nationale Gefangene« und seine wiederholten antisemitischen Äußerungen zeigt Jesse deutlich seine Nähe zu rechten Kreisen und Ideologien.

Nichtsdestotrotz wird der Extremismusbegriff von der sächsischen CDU und regionalen Medien wie der *LVZ* stets aufs Neue lanciert und von der breiten Bevölkerung mitgetragen. In diesem Zusammenhang wird auch und immer wieder gern zugunsten der Forderung nach einem starken Staat das Recht auf Versammlungsfreiheit in Frage gestellt. Linke Gruppen und AntifaschistInnen werden dadurch mit StalinistInnen, IslamistInnen, HolocaustleugnerInnen und Nazis in einen Topf geworfen.

DIE THEORIE ZUR PRAXIS:
DIE »EXTREMISMUSFORMEL«

Den Begriffen »Rechts- und Linksextremismus« liegt die Extremismustheorie zugrunde: das Verständnis einer Bedrohung der Gesellschaft durch »Extremisten«. Eine Differenzierung nach Einstellungen und politischen Zielen erfolgt nicht. Vermittelt wird vielmehr, dass eine politische Mitte der Gesellschaft existiert, die sich von diesen Extremen klar abgrenzen lässt.

In den Problemwahrnehmungen und in der politischen Praxis werden rechte Einstellungen dann meist erstens als Jugendproblem, zweitens als Gewaltproblem und drittens als Abweichung von nicht genauer definierten politischen Normalitätsbereichen beschrieben. Dass diese Beschreibung keine empirische Entsprechung hat, zeigen die Ergebnisse zahlreicher Studien z.B. von den Leipziger Forschern Oliver Decker und Elmar Brähler oder von Wilhelm Heitmeyer. Rassismus, Antisemitismus, völkischer Nationalismus, autoritäre Ordnungsvorstellungen, sexistische Rollenzuweisungen, Sozialdarwinismus und andere Versatzstücke nationalsozialistischer Ideologie sind danach für weite Teile der Bevölkerung konsensfähig, unabhängig von Geschlecht, Alter, Bildungsgrad, Einkommensverhältnissen oder Parteipräferenz.

Nach der Logik der »Extremismusformel« gilt es den demokratischen Verfassungsstaat gegen politische Extreme zu verteidigen, da diese »in der Regel auf grundsätzlicher Ablehnung gesellschaftlicher Vielfalt, Toleranz und Offenheit basieren«. Dabei spielt die Betonung der formalen Gleichheit von linkem, rechtem und seit einigen Jahren auch »Ausländer«-Extremismus eine entscheidende Rolle. Aus diesen festen Bestandteilen ergibt sich auch die politische Relevanz der Extremismusformel. Denn auch wenn sie eigentlich aufs wissenschaftliche und politische Abstellgleis gehört, dient sie staatlichen Ordnungsorganen und PolitikerInnen als Handlungsgrundlage, wenn es darum geht, politische Aktivitäten von all jenen zu delegitimieren, die zentrale Elemente der Naziideologie ablehnen, sei es das Leitbild einer ethnisch homogenen Volksgemeinschaft oder der Ruf nach dem autoritären Staat.

Des Weiteren lässt sich auf politischer Ebene mit Rückgriff auf den Begriff des politischen Extremismus trefflich die Existenz von Nazistrukturen und der sie unterstützenden Rahmenbedingungen verharmlosen. So kann über Nazigruppen und deren Aktivitäten ge-

schwiegen werden, wenn die Gefahr für die Demokratie angeblich von linken Gruppierungen, die gegen Rassismus und Antisemitismus vorgehen, ausgeht. Debattiert wird dann wochenlang und öffentlichkeitswirksam über »Randale« in Connewitz oder über »kriminelle Ausländerbanden«, während die steigende Zahl der Naziübergriffe und –aktivitäten sowie von Alltagsrassismus und anderen Diskriminierungen eine Randnotiz bleibt.

Und schließlich eignet sich die Formel des Extremismus, um eine vermeintlich »normale Mitte« von ihren »Rändern« zu trennen. Dort, wo Naziideologien zum Randphänomen erklärt werden und damit deren Verbindung zur bundesrepublikanischen Normalität geleugnet wird, dort gibt es auch keinen Platz für eine notwendige und berechtigte linke Kritik z.B. an institutionellem Rassismus in deutschen Gesetzen oder Behörden und alltäglichem Rassismus und Antisemitismus. Rechte Ideologie wird in diesem Zusammenhang zur Randerscheinung gemacht und die »demokratische Mitte« kann sich ihrer moralischen Legitimation sicher sein.

FÜR EINE STÄRKUNG LINKER
EMANZIPATORISCHER PROJEKTE!

Eine Phalanx konservativer PolitikerInnen und Medien instrumentalisiert die gewalttätigen Zusammenstöße in der Leipziger Innenstadt genau auf Grundlage dieses äußerst umstrittenen Extremismusbegriffs. Antinazipolitik wird durch die Zuschreibung »extrem« diffamiert und verhindert. Dabei ist es doch klar, dass der Extremismusbegriff das Naziproblem nicht erklären kann. Scheinbar ist es nicht das Ansinnen, eine Lösung zur Verhinderung weiterer Gewalttaten zu finden, vielmehr wird die stadtweite Aufregung und polizeiliche Ratlosigkeit zum Anlass genommen, um gegen die linke Szene Stimmung zu machen. Es ist offensichtlich, dass die existenzielle Grundlage linker Kulturprojekte und antifaschistischer Politik Ziel dieses Vorgehens ist. Eine derartige Diffamierung antifaschistischer und kultureller Arbeit können wir nicht hinnehmen.

Es ist heute dringend notwendig, eine radikale Gesellschaftskritik zu formulieren und damit auch Naziideologien in der sogenannten Mitte der Gesellschaft und Nazistrukturen zu bekämpfen. Hierfür brauchen wir nicht weniger, sondern mehr unabhängige linke Projekte!

Initiative gegen jeden Extremismusbegriff

ErstunterzeichnerInnen – Stand 29. April 2008

a.l.i.a.s Dresden (antifascist literature information
archiv stuff)
AG Antifaschistische Politik der LINKEN, Leipzig
AJZ Bunte Platte Leipzig-Grünau
Alexander Voigt (Mitarbeiter Treibhaus e.V., Döbeln)
Alternativen Kultur- und Bildungszentrum
Sächsische Schweiz e.V. (AkuBiZ)
Alternatives Jugendzentrum e.V. Chemnitz
Anja Schulze (Geschäftsführerin des
Soziokulturellen Zentrums Werk 2)
Antifa Chemnitz
Antifaschistischer Frauenblock Leipzig (AFBL)
ARID – Antirassistische Initiative Döbeln
Atelierhaus Zoro
Attac Leipzig
AZ Conni Dresden
Bon Courage e.V. Borna
Bündnis Ladenschluss (Leipziger Aktionsbündnis
gegen Nazis)
Clownarmy
Conne Island
DIE LINKE. SDS. Hochschulgruppe Dresden
Doris Liebscher und Uli Schuster (MitarbeiterInnen
des Antidiskriminierungsbüro e.V.)
Forum Kritische Rechtsextremismusforschung Leipzig
Frauenkultur Leipzig
Freya-Maria Klinger (MdL, Fraktion DIE LINKE
im Sächsischen Landtag)
Henrike Böhm (Referentin für Antirassismusbearbeitung im
StudentInnenrat der Universität Leipzig)
Infoladen Leipzig
Johannes Kleine, Franziska Mrosk, Anna Alicia Kleine
(Dresden)
Jugend wohnt e.V.
Juliane Nagel (Mitglied des Landesvorstandes
DIE LINKE. Sachsen)

Jürgen Kasek (Vorstandssprecher Bündnis90/
Die Grünen, Leipzig)
König Heinz (Kulturprojekt)
Landesarbeitsgemeinschaft politisch-kulturelle Bildung
Sachsen (PoKuBi)
Leipzig LExil (Initiative für eine offenere
Thematisierung von Migrationsfragen in Leipzig)
Leipziger Antifa (LeA)
Lets Fight White Pride
LinXXnet Leipzig (Politik-Kultur-Projekte)
Mind the Gap (Hardcore Band, Leipzig)
Monika Lazar (MdB, Fraktion Bündnis 90/
Die Grünen, Sprecherin für Strategien gegen
Rechtsextremismus)
Netzwerk Selbsthilfe e.V. Berlin –
der politische Förderfonds
NiP Sachsen (Redaktions-Kollektiv
Nazis in den Parlamenten)
Opferberatungsstellen Dresden, Chemnitz, Leipzig
des RAA Sachsen e.V.
Patrick Pritscha (Stadträtin Chemnitz,
Fraktion DIE LINKE)
RA Klaus Bartl (MdL, Verfassungs- und
rechtspolitischer Sprecher der Fraktion
DIE LINKE im Sächsischen Landtag)
RA Petra Wenniges und RA Stefan Costabel
Radio Island – Public Information Platform
Referat Politische Bildung im Stura der TU Dresden
Rote Hilfe Leipzig
Roter Stern Leipzig e.V.
Schubladenkonsortium (Kulturinitiative)
Ulla Jelpke (MdB, Fraktion DIE LINKE.)
Wiebke Hoevelmeyer & Mathias Ahrberg
(Modelabel fairliebt, Hamburg)
Wohn- und Kulturprojekt B 12 e.V.

Wenn Sie diesen offenen Brief unterstützen möchten, schreiben sie
bitte eine Email mit Ihrem Namen/dem Namen Ihrer Organisation
oder Initiative an folgende Adresse:

initiative_gegen_extremismusbegriff@gmx.de